

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2004
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 30.11.2004
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.203
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter/-in
Vorlage: 0824/2004
3. XX. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986
Vorlage: 0645/2004
4. Haushaltskonsolidierung - 1. Bericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber (55 - M14)
Vorlage: 0793/2004
5. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Ausgestaltungsvertrag einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit in Hagen
Vorlage: 0818/2004
6. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

Frau Machatschek eröffnete die Sitzung des SOA und begrüßte die Mitglieder. Danach erfolgte die Verpflichtung der Mitglieder des Ausschusses und der sachkundigen Bürger durch Vortrag der Verpflichtungsformel.

1. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber gibt allgemeine Mitteilungen zu den Punkten

- Broschüre des Behindertenbeirats
- Studie des WDR zum Thema Pflege
- Erstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

2. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter/-in **Vorlage: 0824/2004**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin

Frau Liane Meyer

Als Vertreter/-in

1. Frau Mechthild Liley
2. Herrn Hans-Heinrich Losch

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

3. **XX. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986**
Vorlage: 0645/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe gibt einen Überblick über die derzeitige Gesamtsituation und stellt die Übernahme der drei Häuser mit insgesamt 36 Wohneinheiten in der Posener Str. heraus. Untergebracht werden sollen hier Familien und Ehepaare. Im Gegenzug sollen drei Übergangsheime nicht mehr belegt werden.

Die Mitglieder des Sozialausschusses vereinbaren am 09.12.2004 einen Besichtigungstermin der noch nicht bezogenen aber schon fertiggestellten Übergangsheime.

Beschluss:

Der XX. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986, der als Anlage Gegenstand der Niederschrift ist, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

4. Haushaltskonsolidierung - 1. Bericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber (55 - M14)

Vorlage: 0793/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe stellt eingangs die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Hagen durch das Asylbewerberleistungsgesetz dar.

Es verbleiben hier Kosten die nicht vom Land refinanziert werden. Zur Senkung der Kosten soll die Rückführung der Asylbewerber optimiert werden. Im Rahmen der sich anschliessenden Diskussion belegt Herr Dr. Schmidt das qualitativ gute Arbeitsergebnis der Verwaltung speziell in diesem Punkt für das vergangene Jahr.

Den Mitgliedern des Sozialausschusses ist die in der Vorlage enthaltene Berechnung nicht schlüssig, aus diesem Grund soll zum nächsten Vierteljahresbericht ein Mitarbeiter der Ausländerstelle geladen werden, der auf Detailfragen der Ausschussmitglieder eingehen soll.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

**5. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Ausgestaltungsvertrag einer Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit in**

Hagen
Vorlage: 0818/2004

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Ausschuss beschließt einstimmig den TOP 1.5. vorzuziehen.

Dr. Schmidt gibt einen Überblick über die zur Abstimmung anstehende Vereinbarung aus Sicht der Verwaltung.

Er stellt den wesentlichen Vertragsinhalt dar; streitig ist zwischen den Vertragspartnern noch die Frage der Vertretung im gerichtlichen Verfahren. Angestrebt ist einen wesentlichen Anteil durch das Rechtsamt der Stadt Hagen wahrnehmen zu lassen. Die Bundesagentur strebt die alleinige Vertretung an.

Herr Herbold stellt die Position der Bundesagentur dar und gibt einen über Hagen hinausgehenden Überblick hinsichtlich der Umsetzung des SGB II. Ferner wird Herr Rumberg als potentieller Geschäftsführer der ARGE durch Herrn Herbold vorgestellt. Die einzelnen §§ des Vertrages werden aufgerufen.

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Beirats wird die Aufnahme eines zusätzlichen Vertreters der „Arbeitnehmerseite“ diskutiert, da die bislang vorgesehene Zusammensetzung ein Übergewicht von Vertretern der Arbeitgeber-Seite vorsieht. Ferner wird die Rechtsvertretung der ARGE problematisiert. Dieser Punkt ist zwischen den Vertragspartnern noch nicht abschließend geklärt. Herr Rumberg stellt den sozialgerichtlichen Instanzenzug dar, sowie die Rechtsvertretung im Rahmen des SGB II. Es werden Differenzierungen anhand des Kriteriums Unterkunfts-kosten vorgeschlagen. Für letztere soll – wie bisher im Bereich des BSHG- die Stadt Hagen zuständig sein. Die eigentlichen Leistungen nach dem SGB II sollen durch die Widerspruchsstelle der Bundesagentur bearbeitet werden.

Bezüglich der Trägerversammlung wird die Kontrollmöglichkeit des Rates der Stadt Hagen angesprochen. Neben der eigentlichen Trägerversammlung sollen der Rat der Stadt Hagen und der Verwaltungsausschuss der Bundesagentur Kontrollrechte bekommen.

Für den Bereich der 1 € Jobs werden seitens der Ausschussmitglieder Bedenken in Bezug auf die Auswirkungen für den ersten Arbeitsmarkt angesprochen.

Wichtig erscheint den Ausschussmitgliedern auch der Punkt des „Forderns und Förderns“. Hier ist festzuhalten, dass die Bezieher von ALG II nicht nur gefordert, sondern vor allen Dingen gefördert werden.

Beschluss: Der Sozialausschuss stimmt dem Abschluss des Vertrages über die Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44 SGB II zwischen der Bundesagentur für Arbeit, vertreten durch die Agentur für Arbeit Hagen und der Stadt Hagen mit folgenden Änderungen zu:

1. § 5 IV wird in den Vertrag mit aufgenommen
2. In § 7 II soll ein Vertreter einer unabhängigen Beratungsstelle mit aufgenommen werden.
3. § 11 wird bis zum HFA von Herrn Dr. Schmidt fein formuliert.
4. In § 13 II wird der erste Satz wie folgt geändert: Der Rat der Stadt Hagen und der Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit.....
Satz 2 wird ersatzlos gestrichen. In Satz 3 wird das Wort „kann“ durch „können“ ersetzt.



Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

6. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Es lagen keine Anfragen vor.

Beschluss:

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

C. ANWESENDE

Name	Bemerkungen
-------------	--------------------

Fritz Brüggemann
Birgit Buchholz
Ulrike Dannert
Friedrich Denecke
Thomas Haensel
Norbert Halbeisen
Christiane Hermesmann
Ulrich Häßner
Hildegard Kurte
Dietmar Link
Dorothee Machatschek
Karin v. Malinckrodt
Peter Mervelskemper
Herbert Puder
Wolfgang Röspel
Heinz Schellhorn
Wilhelm Strüwer
Ramona Timm-Bergs
Horst Wortmann

Gäste:

Herr Herbold – Agentur für Arbeit
Herr Rumberg – Agentur für Arbeit

Verwaltung:

Herr Dr. Schmidt – Dez.3
Herr Steuber – 55
Frau Schmidt – 14
Herr Stüwe – 55
Herr Dr, Brauers- 55
Herr Groening –55
Herr Quitter- VB2/KM

Unentschuldig:

Viktor Dücker
Manfred Weber
Ralph Faust
Hans Vaupel
Joachim Bock

Vorsitzende/r

Schriftführer/in